



# Angriff ist die beste Verteidigung

*von Suitbert Cechura*

**A**m 21. Oktober, dem Montag nach der Koalitionsrunde, überraschte die CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin nicht nur ihren Koalitionspartner, sondern auch die Öffentlichkeit mit dem Vorstoß, in Syrien eine international überwachte Sicherheitszone unter Einbeziehung der Türkei und Russlands einzurichten. Die Details ließ sie offen, aber keinen Zweifel daran, dass Deutschland darin eine bedeutende militärische Rolle spielen würde. Ein Vorschlag, der es in sich hat und der ja auch allgemein als eine Zäsur in der neueren deutschen Sicherheitspolitik bewertet wurde!

Die Sicherheitszone ist die Begründung der Türkei für ihren Einmarsch in Nordsyrien und ihren Krieg gegen das Autonomiegebiet der Kurden, die ihrerseits die syrische Regierung und damit die Soldaten Russlands mit in diesen Konflikt einbezogen haben<sup>1</sup>. Der Vorschlag der Verteidigungsministerin stellt sich über die Konfliktparteien, wobei sich Deutschland als Aufsichtsmacht zur Befriedung des Konflikts präsentiert. Das kann aber nur, wie allen klar ist, militärisch durchgesetzt werden.

Das Thema beschäftigt seitdem die deutsche Öffentlichkeit. Schon vorher hatte die christliche Politikerin ihre Unzufriedenheit mit dem Bild Deutschlands in der Welt zum Ausdruck gebracht: „Annegret Kramp-Karrenbauer hat zum Krieg in Syrien eine interessante Bemerkung gemacht. Die CDU-Vorsitzende hat die Frage gestellt, wann Deutschland und wann die CDU

---

<sup>1</sup> Siehe auch „Deutschland und der Türkeikrieg“ in Auswege-Magazin, 25. Oktober 2019: <https://www.magazin-auswege.de/2019/10/deutschland-und-der-tuerkeikrieg/>.

und CSU zu ‚internationalen Fragen das letzte Mal einen tragenden Vorschlag gemacht‘ hätten. Sie könne es nicht mehr hören, ‚dass wir besorgt sind, dass wir mit großer Sorge schauen.‘ Die Union müsse ‚endlich eigene politische Antworten geben‘. Kürzer kann man die Leerstelle im Umgang mit Krisen wie Syrien kaum zusammenfassen.“ (Stefan Braun, SZ, 22.10.2019) Diesem, ihrem eigenen Anspruch, als CDU wieder Profil zu gewinnen indem sie Deutschland international als mitbestimmende Macht ins Gespräch bringt, ist sie demnach gerecht geworden und hat sich mit dem Vorstoß auch als tonangebende Politikerin und potentielle Kanzlerkandidatin in der Öffentlichkeit zurückgemeldet. Jedenfalls einerseits.

### **Eine Lachnummer?**

Andererseits bewirkte ihre Initiative ein ausgesprochen gespaltenes Echo, es gab Skepsis, Belustigung neben der vollen oder halben Zustimmung – und das zum Teil in denselben Medien. So zeigte eine Karikatur in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung Erdogan und Putin, die sich nach der Information über den Vorschlag vor Lachen biegen. In einer Glosse zum gleichen Thema wurde im gleichen Blatt die Frage aufgeworfen, welcher der beiden funktionsfähigen Bundeswehr-Panzer denn betankt werden solle – wie ja der Zeitungsleser regelmäßig über die einschlägigen Ausrüstungsmängel informiert wird.

Lachhaft sollte der Vorschlag deshalb sein, weil Deutschland im Syrienkrieg keine wesentliche Rolle spielt, trotz Tornadoeinsätzen und Ausbildung von Kurden im Irak. Auch sei nicht erkenntlich, wie Deutschland seinen Anspruch der Einrichtung einer solchen Zone durchsetzen könne: „Es ist ein spektakulärer Vorschlag, den Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) präsentiert hat. Die Schaffung einer ‚international kontrollierten Sicherheitszone‘ macht auf den ersten Blick Sinn... Dennoch wirft der Vorstoß eine Menge ungeklärter Fragen auf. Zum einen hat die Verteidigungsministerin offen gelassen, was sie unter einer internationalen Sicherheitszone versteht. Meint sie eine Initiative der Vereinten Nationen auf der Basis eines UN-Mandats? Schwebt ihr ein Nato Einsatz vor... Oder strebt sie eine EU-Aktion an, möglicherweise eine Koalition der Willigen?“ (Michael Backfisch, WAZ, 23.10.2019)

---

### **Die Verteidigungsministerin hat offen gelassen, was sie unter einer internationalen Sicherheitszone versteht**

Hier liegen Kritik und Zustimmung eng beieinander: ein wahrlich ausgewogener Kommentar! Den Vorschlag aus parteipolitischen Berechnungen zu platzieren, gilt als kleinlich berechnend; endlich eine Initiative zu ergreifen, die Europa und Deutschland wieder zu einem weltpolitisch bedeutsamen Akteur macht, ist löblich auch dann, wenn dies bedeutet, dass sich Deutschland stärker als Militärmacht präsentieren und als solche in kriegerische Konflikte einmischen oder sie gleich vom Zaun brechen muss. Und so berücksichtigt der Vorschlag of-

fenbar auch haargenau die Minderwertigkeitsgefühle von Nationalisten jenseits der AfD, die Deutschland nicht angemessen in der Welt vertreten sehen.

„Die Europäer dagegen, für die der Nahe Osten und Nordafrika unmittelbare Nachbarschaft sind, stehen daneben wie die Ritter von der traurigen Gestalt: tatenlos, ideenlos, machtlos. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer wollte mit dem Vorstoß für eine Sicherheitszone in Nordsyrien einen dringend nötigen Kontrapunkt setzen. Das ist gründlich misslungen. Sie offenbart vielmehr, in welchem erbärmlichen Zustand die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik sind, trotz allem Gerede von strategischer Autonomie.“ (Paul-Anton Krüger, SZ, 24.10.2019)

Angegriffen wurde der Vorschlag vor allem mit dem Argument, es sei nicht klar, wie er umzusetzen sei. Bemängelt wurde nicht allein von der SPD, dass sie nicht angemessen über den Vorschlag informiert worden sei, es sich somit noch nicht einmal um einen abgestimmten Regierungsvorschlag gehandelt habe, sondern lediglich um die Initiative einer Parteivorsitzenden mit sinkenden Umfragewerten. Auch sei der Plan nicht mit den wichtigsten Partnern in Europa, den Briten und Franzosen, abgestimmt, deren Unterstützung von daher fraglich sei. Zudem müsse für einen solchen Einsatz ein UN-Beschluss die Grundlage bilden, was angesichts der Veto-Mächte Russland und China unwahrscheinlich sei. Es sei auch nicht zu erkennen, warum die Türkei und Russland sich auf eine solche Regelung einlassen sollten.

Mit ihren Bedenken in puncto mangelnde Umsetzungsmöglichkeiten geben die Kritiker zu erkennen, dass die Zielsetzung des Vorstoßes, Deutschland zu einem stärkeren militärischen Akteur in den anstehenden Kriegen zu machen, kein Anlass zur Kritik ist. So mündet die oppositionelle Kritik in dem Vorwurf der mangelnden Umsetzung und damit des nicht absehbaren Erfolg des Vorschlags. Ein gelungener Militärvorstoß würde solche Kritiker sicher zufriedenstellen.

Doch nicht alle Stimmen konzentrierten sich auf solche Bedenken: „Selten hat ein Politiker einen derartigen Stich ins Wespennest gewagt wie Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). Sie wurde von zwei Kräften angetrieben. Zum einen brauchte die im Umfragetief verharrende CDU-Chefin einen Befreiungsschlag... Zum anderen reflektiert die Idee einer Schutzzone den tief sitzenden Frust der Europäer, insbesondere der Deutschen. Bei allen Konfliktherden der letzten Jahre – ob Syrien, die Terrormiliz IS oder der Tankerkrieg im Persischen Golf: Die EU war ohnmächtig. Sie mahnte, moralisierte, beschwor die westliche Wertegemeinschaft. Doch sie war kein maßgeblicher Akteur.“ (Michael Backfisch, WAZ 26.10.19)

Begrüßt wurde der Plan von Kommentaren, die Deutschland endlich nicht mehr in der Rolle eines Akteurs sehen wollen, der über die Grenzen seiner Möglichkeiten klagt – als Kritik anderer Regierungen, ohne ihnen vorschreiben zu können, was sie zu tun oder zu lassen haben –, vielmehr als einer, der sich selber bereit erklärt, die Führung in einem Konflikt mit militäri-

schen Mitteln zu übernehmen. Da war denn auch von einem Paradigmenwechsel deutscher Außenpolitik die Rede: Weg vom Agieren im Schatten militärischer Einsätze und Einflussnahme, begrenzt auf ökonomischen Mittel bei der Regelung von Nachkriegszeiten, hin zu einer Macht, die auch militärische Konflikte unter Einsatz der Bundeswehr mitentscheidet!

---

**Weg vom Agieren im  
Schatten militärischer  
Einsätze ... hin zu einer  
Macht, die auch militärische  
Konflikte unter Einsatz der  
Bundeswehr mitentscheidet!**

Auf diese Botschaft kam es der CDU-Vorsitzenden und Verteidigungsministerin offenbar auch an, wenn sie hervorhob, dass ihr Vorschlag noch vieles offen lasse und es für die Umsetzung eines langen Atems bedürfe: „Es wird ein langer Prozess, ein schwieriger Weg“ (WAZ, 26.10.2019). Der Vorschlag ist also ein grundsätzliches Signal, die deutsche Außenpolitik und den Einsatz der Bundeswehr in der Welt betreffend. Die Nation hat es offenbar nicht mehr nötig, ihre Armee als Verteidigerin der Heimat oder als Bündnisarmee zu präsentieren, sondern kennt nur noch einen Maßstab: Wie kann Deutschlands Macht in der Welt vergrößert werden, so dass andere Nationen unseren Ansprüchen nichts entgegenzusetzen haben.

Deutschland ist bereits in vielen Ländern militärisch präsent. Von Militärberatern angefangen über Ausbilder bis hin zu Kampfeinsätzen in Afrika, Asien, Nahem und Mittleren Osten, mit Präsenz auf dem Balkan, dem Baltikum oder den Weltmeeren. Da haben die Vorgängerregierungen wesentliche Vorarbeit geleistet. Rot-grün hat sich nicht nur große Verdienste bei der Verarmung der deutschen Bevölkerung erworben, sondern Deutschland auch wieder in einen Kriegseinsatz geführt. Die folgenden Regierungen haben die Präsenz deutschen Militärs in der Welt weiter ausgebaut, doch meist im Rahmen von internationalen Einsätzen und unter Führung anderer Länder – und in der Regel versehen mit der Begründung, es ginge in der Hauptsache um zivile Ziele wie Brunnenbohren, Schutz von Mädchen beim Schulbesuch etc. Und niemand hat diese verlogene Begründungen – schließlich sind Waffen zum Töten und nicht zur Entwicklungshilfe da – in Frage gestellt. Die Opfer solcher Einsätze sind in der Öffentlichkeit auch nur dann Thema geworden, wenn es deutsche Soldaten traf.

---

**Rot-grün hat sich nicht  
nur große Verdienste bei  
der Verarmung der  
deutschen Bevölkerung  
erworben**

Bei allen Differenzen über den Vorstoß von AKK haben die Koalitionsparteien den Einsatz in Syrien und Irak einmütig verlängert. „Kramphofer will nun mehr. Deutsche Soldaten nach Syrien, die Bundeswehr zwischen Türken, Kurden, Syrern und im Kampf mit dem IS – natürlich hat die Ministerin auf die Frage nach der Beteiligung der Bundeswehr an einer Mission mit dem Verweis auf den Parlamentsvorbehalt geantwortet. Aber wenn es zu einer Missi-

on kommt, werden sich deutsche Soldaten nicht raushalten können. Eine solche Politik würde den Vorwurf noch verstärken, Deutschland verhalte sich stets als Zaungast internationaler Konflikte, gebe gute Ratschläge, schiebe die Verantwortung aber gerne auf andere ab.“ (Nico Fried, SZ, 23.10.2019)

Mit dieser Wahrnehmung deutscher Außen- und Militärpolitik will die Verteidigungsministerin offenbar endgültig aufräumen und deutsche Ansprüche in der Welt mit mehr Gewalt vertreten. Eine Anspruchshaltung, die nicht wegen ihrer Unverschämtheit, sondern wegen ihres Realitätsgehalts auf Skepsis stößt. So wurde die christliche Kriegstreiberin schon belächelt, als sie ins Gespräch brachte, dass die Bundeswehr einen Flugzeugträger brauchen könnte. Das Thema versank aber bald wieder in der Versenkung.

### **Botschaft angekommen**

Die Botschaft ist inzwischen angekommen – nicht nur beim Koalitionspartner. Betroffen war ja vor allem SPD-Außenminister Heiko Maas, der per SMS informiert und somit übergangen worden war,

betrifft dies doch seinen Zuständigkeitsbereich und wandte sich implizit gegen seine Form der Außenpolitik. „Von SMS-Diplomatie halte ich wenig. Daraus wird schnell eine SOS-Diplomatie“, war von ihm zu hören (WAZ, 23.10.2019) Er revanchierte sich bei seinem Besuch in der Türkei, wo er den Vorschlag von Kramp-Karrenbauer als eine rein theoretische Idee abkanzelte, die keinerlei praktische Relevanz habe – dies allerdings, ohne die Zielsetzung des Vorschlags selbst zu kritisieren. Sein Agieren brachte ihm prompt den Vorwurf des Verstoßes gegen diplomatische Gepflogenheiten ein, denen zu Folge im Ausland innenpolitische Differenzen kein Thema sein dürften. Einen Schritt weiter ging sein Vorgänger Sigmar Gabriel, der sich gleich positiv zu dem Plan äußerte. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Rolf Mützenich, distanzierte sich dagegen vom AKK-Vorschlag: „Wir sind keine Kriegspartei und wir wollen es auch nicht werden.“ (WAZ, 26.10.19) Eine eigenartige Distanzierung angesichts der Tatsache, dass Deutschland mit Tornados und militärischer Unterstützung der Kurden im Irak längst Kriegspartei ist.

„Kanzlerin Merkel und Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) stellten sich hinter die Verteidigungsministerin und CDU-Chefin. Der Gedanke, in Nordsyrien Schutzzonen zu errichten, sei sehr vielversprechend, auch wenn noch viele Fragen offen seien, so Merkel.“ (WAZ, 23.10.2019) Womit klargestellt ist, dass es sich nicht allein um einen Vorschlag der Vorsitzenden, sondern der Partei handelt, die ihr Profil stärken will. So jetzt auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) in einer Grundsatzrede: Die Deutschen seien „von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass wir uns in der Verteidigungspolitik noch weiter werden bewegen müssen. Auch gegen Widerstände.“ (General-Anzeiger, 30.10.2019)



Die CSU übte sich in Solidarität: „So sagt CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, er sei Dienstagfrüh informiert worden, von daher habe er ‚keinen Anlass, Kritik zu äußern‘... Das liegt auch daran, dass es für den Vorstoß an sich bei der CSU durchaus Verständnis gibt. Man könne nicht nur beklagen, dass sich die USA in Syrien zurückziehen... Als Europäer müsse man bei Auseinandersetzungen ‚robuster Art‘ vor der eigenen Haustür auch selbst mehr Verantwortung übernehmen.“ (SZ, 23.10.2019) Wenn die USA sich als Weltordner zurückzögen, sei es für die CSU selbstverständlich, dass dann Europa in diese Bresche springen und selber Machtansprüche stellen müsse.

Auch die Grünen wollten die Zielsetzung des Vorstoßes nicht kritisieren und stuften ihn zu einem parteitaktischen Manöver herunter. „Nicht nur die Grünen vermuten, AKK habe ein außenpolitisches Ablenkungsmanöver gestartet, um ihre geschwächte Position zu stärken.“ (WAZ, 23.10.2019) Grünen-Chefin Annalena Baerbrock: „Der Vorstoß von Annegret Kramp-Karrenbauer wirft mehr Fragen auf, als er Antworten gibt.“ Die FDP ist für alles offen, was Deutschland groß macht, auch wenn dies ein Kriegseinsatz bedeutet, allerdings in kritischer Übereinstimmung: „FDP-Chef Christian Lindner kritisierte die ‚Profilierungsbemühungen einzelner Kabinettsmitglieder‘. In der Sache zeigte er sich offen.“ (WAZ, 23.10.2019) „Linke-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht sprach von einem ‚aberwitzigen Vorschlag‘“ (WAZ, 23.10.2019) und musste sich so nicht weiter mit der darin enthaltenen Zielsetzung auseinandersetzen. Die AfD konnte darauf verweisen, dass der Vorstoß einer Schutzzone in Syrien von ihnen bereits 2015 erhoben wurde, was die Öffentlichkeit allerdings ignorierte.

Auch international wurde der deutsche Vorstoß wahrgenommen, schließlich brachte ihn die Verteidigungsministerin in das Treffen der Nato-Minister ein. Der Vertreter der USA nahm befriedigt zu Kenntnis, dass Deutschland wie von Trump gefordert in Zukunft mehr militärische Verantwortung übernehmen will. „Zum Vorschlag einer international kontrollierten Sicherheitszone in Nordsyrien... sagte [US-Minister] Esper: ‚Ich habe ihn noch nicht im Detail studiert.‘ Prinzipiell sei es positiv, wenn sich die Europäer engagierten, sagte der Pentagon-Chef und stellte klar: ‚Wir beabsichtigen nicht, Bodentruppen oder irgendetwas anderes zu dieser Operation beizutragen‘.“ (SZ, 25.10.2019) Schließlich hat die deutsche Verteidigungsministerin schon seit längerem deutlich gemacht, dass sie zu der Zusage steht, den Wehretat auf 2% des Bruttoinlandprodukts anzuheben – was fast einer Verdopplung gleichkommt! Zu dem darin enthaltenen Anspruch, in Zukunft auch bei der Regelung militärischer Konflikte in der Welt eine größere Rolle zu spielen und stärker mitzubestimmen, gegen wen es wie und wann geht, äußerte sich der US-Politiker nicht.

---

**Der Vertreter der USA nahm befriedigt zu Kenntnis, dass Deutschland in Zukunft mehr militärische Verantwortung übernehmen will**

So gut wie keine Reaktion – „Aufmerksames Schweigen bei der Nato“ (SZ, 23.10.2019) – gab es von den britischen und französischen Vertretern, was nicht weiter verwunderlich ist. Tritt doch mit dieser Initiative Deutschland als militärischer Konkurrent um die Führung Europas auf, eine Position, die Frankreich und England aufgrund ihrer Atomrüstung bislang für sich beanspruchten. Die Türkei begrüßte, dass Deutschland ihre Sicherheitsinteressen in Form einer Schutzzone anerkennt, auch wenn man keine deutsche Aufsichtsmacht in einer solchen Zone benötigt. Die Vereinbarung mit Russland über die Einrichtung einer Schutzzone hat ja nicht nur von türkischer, sondern auch von russischer Seite klargestellt, dass Deutschland und Europa in der Region keine entscheidende Rolle spielen und auch nicht beanspruchen können.

Präsident Putin nahm den deutschen Vorschlag zur Kenntnis: „Kreml-Sprecher Dimitrij Preskow nannte den Vorstoß ‚eine neue Idee‘, die man ‚prüfen‘ wolle – immerhin keine brüske Absage. Eine Idee allerdings, die schwer in Einklang zu bringen ist mit Moskaus Forderung, alle ausländischen Truppen müssten aus Syrien abgezogen werden, sofern sie nicht auf Einladung des Regimes von Präsident Bashar-al-Assad im Lande sind – wie die russischen und iranischen Einheiten.“ (SZ, 23.10.2019) Dass Russland in dem Vorstoß der deutschen Verteidigungsministerin eine Mitsprache zugebilligt wurde, war für Putin kein Anlass, darin ein Angebot an ihn zu entdecken; angesichts dessen, dass er die bestimmende Macht im Syrienkrieg ist, lag das ja auf der Hand. „Mit dem Deal von Sotschi dürfte die Idee obsolet sein. Man sehe keine Notwendigkeit, eine Sicherheitszone unter internationaler Kontrolle in Syrien einzurichten, zitierte die Nachrichtenagentur Ria Novosti Moskaus Außenministerium.“ (SZ, 24.10.2019)

\*\*\*

Nach der Aufregung über den überraschenden Vorschlag wird die Debatte bald wieder abebben. Was aber bleibt, ist der Anspruch, mit dem Deutschland in Zukunft seinen Interessen in der Welt Geltung verschaffen will, zudem die Selbstverständlichkeit in der öffentlichen Debatte, dass die friedlichen Zeiten, die es bislang angeblich gegeben hat – „Wir sind noch immer verwöhnt von Frieden und Wohlstand“ (Schäuble) –, endgültig vorbei sind. Unabhängig davon geht jetzt die Spekulation darauf, wie Deutschland bei der Regelung einer syrischen Nachkriegsordnung als ökonomische Macht wieder gefragt sein wird.

---

**Es bleibt der Anspruch, mit dem Deutschland in Zukunft seinen Interessen in der Welt Geltung verschaffen will**

„Gleichzeitig treibt Berlin die militärischen Planungen weiter voran. Wie Ende vergangener Woche bekannt wurde, sieht das aktuelle Konzept vor, dass die Bundeswehr in einem Sektor von rund 40 Kilometern Breite und 30 Kilometer Tiefe die Führung über eine multinationale

Truppe erhält. Dazu würden, heißt es, rund 2500 Soldaten benötigt; die Rede ist von einem ‚kompletten Paket‘, inklusive Aufklärung, Spezialkräften und schwerer Bewaffnung, darunter Panzerhaubitzen und Radpanzer vom Typ ‚Boxer‘.“ (Krieg in Nordsyrien IV, German Foreign Policy, 28.10.2019) Also ist auch die Hoffnung, sich als militärische Macht dort ins Spiel zu bringen, alles andere als aufgegeben.



#### **Über den Autor**

Dr. Suitbert Cechura, Bochum, Hochschullehrer und Sachbuchautor, letzte Veröffentlichungen „Unsere Gesellschaft macht krank – Die Leiden der Zivilisation und das Geschäft mit der Gesundheit“ (2018), „Inklusion: Die Gleichbehandlung Ungleicher – Kritische Anmerkungen zur aktuellen Inklusionsdebatte“ (2015)

#### **Kontakt:**

[www.suitbertcechura.com](http://www.suitbertcechura.com)

☞ Alle Aufsätze von Suitbert Cechura im Magazin AUSWEGE

#### **Bildnachweise:**

- S. 1: Bild von [Gerd Altmann](#) auf [Pixabay](#)
- S. 5: Bild von [Jose R. Cabello](#) auf [Pixabay](#)

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[antwort.auswege@gmail.com](mailto:antwort.auswege@gmail.com)